

Danziger Zeitung.

Nr. 7133.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kellerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Käfern. Postanstalten angenommen.
Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Seite 2 S., nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer und Sohn. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hafenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daudé und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schütz; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Lotterie.

Bei der am 8. Februar beendigten Lotterie der 2. Klasse 145. R. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne von 2000 R. auf Nr. 5528 und 41,529 und 1 Gewinn zu 100 R. auf Nr. 80,159.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12½ Uhr Nachmittags.

London, 9. Februar. Aus New-York, 8. Febr., wird gemeldet: Die Journale besprechen den Stand der Alabamafrage. "New-York Tribune" spricht sich für festhalten an den Ansprüchen der Union aus und bemerkt, England könne nicht das Privilegium auferkannt werden, die Denkschriften beider Partien abzufassen. Die Abendpost schreibt: Der Ausbruch eines ersten Konflicts liege außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die Regierung möge in der vorliegenden Angelegenheit ein festes lohales Verhalten beschließen, dann werde Amerika aus den Verhandlungen mit einem großen moralischen Siege hervorgehen.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.

London, 9. Februar. Die "Times" enthält folgendes Telegramm aus Philadelphia, 8. Februar. Nach der Ansicht der Unionsregierung war die Forderung, daß der Wiederaufbau des indirekten Schadens in den Forderungen der Union eingeschlossen sei, den britischen Commissarien bei den Unterhandlungen über den Washingtoner Vertrag bekannt. Die Unionsregierung acceptirt den Spruch des Schiedsgerichts und wünsche ein vollkommenes Arrangement, welches zukünftige Auseinandersetzungen ausschließe, werde aber keinen Theil ihrer Klageschrift zurückziehen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Weimar, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Landtages erklärte der Geh. Staatsrat v. Groß, daß das Vereinssatz noch nicht im Bundesrat vorgelegt sei; über das vorgelegte Preßgesetz trage die Regierung Bedenken, dem Landtag Mittheilung zu machen, da dadurch die freie Beratung des Bundesrats beeinträchtigt werde. — Der Antrag, die Regierung möge im Bundesrat für die Bewilligung von Diktaten an die Reichstagsabgeordneten wicken, wird nach heftiger Debatte mit 16 gegen 10 Stimmen verworfen.

Dresden, 8. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantragte der Abg. v. Einstedel den gestern angenommenen Antrag des Dr. Heine, der Gesetzgebungsdeputation die Rechtsfrage zur Prüfung zu überweisen, in wie weit und in welchen Umfang das Kriegsministerium berechtigt sei, das Schloß Pleißenburg in Leipzig mit Militär zu belegen, wieder aufzuheben. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag v. Einstedel's verworfen.

Wien, 8. Febr. Hiesigen Blättern wird aus Bukarest telegraphisch gemeldet: In der Sitzung des Senats erklärte die Regierung auf eine Interpellation, daß die rumänische Eisenbahngesellschaft die rumänischen Bahnen durch wen immer ausbauen und betreiben lassen könne. Der Senat erklärte sich mit dieser Mittheilung für zufriedengestellt.

Paris, 8. Febr. Es bestätigt sich, daß der Präfect des Seine-Departements, Leon Say, sein Entlassungsgesuch zurückgezogen hat. — Guten Vernehmen nach hat General Suzanne seine Entlassung als Director der Artillerie gegeben und wird in Folge hieron die Differenz des Letzteren mit der Commission zur Prüfung der stattgehabten Anläufe der National-Versammlung nicht unterbreitet werden.

Bukarest, 8. Februar. Im Senat und in der Kammer wurde über mehrere gegen die Regierung gerichtete Anträge und Interpellationen Nebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Kammer hat die Vorlagen betreffend die Stempel und Taxen ange nommen.

New-York, 7. Februar. Mehrere Zeitungen bezeichnen das bereits gemelde te Gerücht, daß die Unionsregierung von ihrer hinsichtlich des Wash ing-

toner Vertrages eingenommenen Stellung in keinem Falle zurücktreten werde und daß eine angebliche Antwort des Staatssecretair Fish auf eine besfallige Anfrage des britischen Unionsgesandten Schenk vom 5. d. in diesem Sinne erfolgt sei, als noch durchaus der Bestätigung bedürfend.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung am 8. Februar.

Abg. Dr. Behr hat sein Mandat niedergelegt. — Minister v. Selchow bringt einen Gesetzentwurf ein, betr. die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden in den kurhessischen, den ehemals großherzoglich hessischen Landesteilen und in Schleswig-Holstein.

Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswe sens. — Abg. Richter (Sangerhausen): Von Ihnen, m. Hö. im Centrum, erwarten wir die entschiedene Bekämpfung unseres Entwurfs (Gefächter im Centrum); ja, unseres Entwurfs, denn wer seit 10 Jahren für eine einheitliche Leitung unseres Schulwesens kämpft, hat an seinem beschiedenen Theile zu dem Zustandekommen dieser Vorlage mitgewirkt. Ich hoffe aber von Ihrer Wahrheitsliebe, deren Sie sich neulich rühmten, daß Sie Ihren Wählern und Ihren Bischöfen sagen werden: Eure Petitionen verfehlten gegen das preußische Landrecht; denn der Art. 23 der Verf. überweist das Schulwesen ganz und ausschließlich der Aufsicht des Staates. Dr. Mallinckrodt hat uns neulich mit Schärfe deducirt, was ein Katholik sei. Er führte aus, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche durch die Allmacht des Schöpfers so gesegnet sei, daß seine Worte für alle Katholiken unumstößliche Wahrheit enthielten. So lange also unsere Schulen in den Händen der Kirche sind, entscheidet in diesen staatlichen Lehramtstiteln das unfehlbare Oberhaupt in Rom, was Wahrheit ist und wir müssen die Entwicklung des deutschen Geisteslebens der Entscheidung eines fremden Souveräns überlassen. Das ist doch unmöglich, und gerade Katholiken sind es, die am bestigsten dagegen protestiren; das katholische Ministerium in Bayern hat am ersten dagegen Front gemacht. Solch einzelnes Gesetz läßt freilich die schwierige Aufgabe nicht, aber es ist ein erster Schritt und wenn der mächtige Mann, von dem neulich Herr Reichensperger sprach, ihn gethan hat, wird er auch die weiteren thun müssen, um unser Unterrichtswesen, das so lange der Stolz der Nation gewesen ist, auf seiner Höhe zu erhalten. (Beifall). — Abg. Reichensperger (Olpe): Die Vorlage beweist die Loslösung der Schule von der Kirche. Im Allgemeinen ist die Unhaltbarkeit dieses Prinzips und das Recht jeder christlichen Familie auf christliche Kindererziehung ja unzweifelhaft anerkannt. Ich verweise auf etwa ein halb hundert Reden, welche der vorige Cultusminister während seiner zehnjährigen Amts dauer über die Notwendigkeit des Zusammenhangs zwischen Schule und Kirche gehalten hat; man kann nichts Schlagenderes und Tressenderes lese(n). (Heiterkeit) Der Gesetzentwurf beruht auf gar keinem Prinzip; er ist die Prinziplosigkeit selbst, die Desertion vom Prinzip, und ich freue mich aufrichtig, daß er als erstes Opfer seines Erzenger verschlungen hat (Bewegung), ja, der Minister v. Mühlner ist gefallen an seinem eigenen Abschluß. Die religiöse Erziehung des Volkes ist die Bedingung jeder Volksbildung und die Vorlage sieht die Interessen des Staates ebenso auf das Spiel, wie die Interessen der Kirche. Man scheint die Quelle verschütten zu wollen, aus der die Größe des preußischen Staats geflossen ist. Hat doch der legige König als Prinz von Preußen nach der Rückkehr aus dem badischen Feldzuge einer Deputation erklärt, die dortigen Zustände entsprangen allein der Entfernung der Schule von der Kirche. (Hört!) Ich glaube auch, daß die Mehrheit der liberalen Partei gar nicht daran gedacht hätte, dem Gesetz zuzustimmen, wenn sie sich nicht von momentanen Antipathien leiten ließe. Im Jahre 1863 hat das

fortschrittl. Abgeordnetenhaus ausdrücklich gegen die bureaukratische Centralisation der Schule protestirt; man erklärte energisch, daß man ein Staatsmandarinenthum — wie man es damals nannte — für die Schule nicht wolle. (Hört! Hört!) Die Consequenz der Vorlage führt unzweifelhaft zur konfessions- oder religionslosen Volksschule und ich bin aufs innigste überzeugt, daß sie auch sehr bald die evangelische Kirche in die härtesten Collisionen mit dem Staat bringen wird. (Sehr wahr! rechts.) Professor Blunschi erklärt die Scheidung der Kirche und Schule für ein Unding, für eben solch Un ding, als es die Scheidung der Eltern von ihren Kindern sein würde. Der Ministerpräsident, dessen Abwesenheit ich bedaure, hat neulich dies und noch andere Gesetze als die Vertheidigung des Staates gegen ultramontane Agitationen bezeichnet, als ein Schutzmittel gegen die "Mobilmachung" unserer Partei gegen den Staat. Wir sind aber in Wahrheit nie offensiv gegen die Regierung gewesen und die Spitze unserer Wahlagitationen richtete sich nicht gegen den Staat, sondern gegen die liberalen Parteien. Von Ihnen wissen wir, daß sie entschlossen sind, die Rechte der katholischen Kirche zu missachten. Nicht einen Alt unsrer angeblichen Feindseligkeit gegen die Regierung hat der Ministerpräsident angeben können. Wenn wir so ungünstig gewesen wären, im Reichstage wie die Fortschrittspartei 5% oder wie Herr Basler 1½ Millionen vom Militäretat streichen zu wollen, welch Geschrei wäre über diese Vermessenheit erhoben worden! (Heiterkeit) Auch in der Frage des dreijährigen Pauschquantums stimmen wir geschlossen für die Regierung, obgleich es allein in unserer Hand lag, ihre Absicht zu durchsetzen und obgleich es sehr leicht war, bei dieser Gelegenheit Popularität zu erhalten. Auf die Behauptung, daß ich und meine Freunde Opposition machen gegen den Staat, antworte ich mit einem kategorischen Nein nach der gewissenhaften Selbstpräfektion. Die Vorlage schädigt unheilbar die Concordia zwischen Staat und Kirche, die von allen guten Menschen aller Jahrhunderte als das höchste Ziel erstrebt ist, und wenn ich gegen das Gesetz stimme, so stimme ich für die heiligsten Interessen des Staates. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.) (Während der folgenden Rede treten Fürst Bismarck, später der Minister des Innern und der Finanzen ein.) — Abg. Birchow: Nur mit schwerem Herzen habe ich seine Partei entschlossen, sich den Vertheidigung des Gesetzes anzuschließen. Daß das Gesetz sehr unvollständig ist, erkennen wir an, ebenso daß es nach seinem ganzen Habitus keinen langen Bestand haben und in seiner Ausführung zu Weiterungen föhren wird. Es handelt sich also nur um die Oppor tunität eines solchen Notgesetzes. Die vielen geschichtlichen Verdienste der Kirche um die Cultur erkennen wir dankbar an, aber die Kirche ist nicht ununterbrochen in dieser Culturarbeit geblieben. Wie ist die Schule in Spanien geworden, wie in Irland, wie im heiligen Kirchenstaate? (Sehr gut!) Da hat die Kirche ihren Einfluß auf den Unterricht unbewußt ausgestellt. Die Kirche hat nicht mehr ihre frühere Culturnmission, sie ist darum aus der Schule auf das Gebiet zu verweisen, auf das sie gehört, auf das der Gewissen. Wir haben die Frage lediglich als Politiker zu prüfen, nicht darauf, ob der Staat dafür zu sorgen hat, daß die Kinder das Ave Maria u. s. w. lernen, sondern darauf, daß die Bevölkerung in Spanien, Irland, Flandern, dem Kirchenstaat in Arnuth und Unwissenheit verlommt. Vom Centrum wird das natürliche Recht der Eltern geltend gemacht. Im Munde jener Herren haben derartige Worte einen eigenartlichen Sinn. Die von Reichensperger geforderte "Freiheit des Unterrichts" kennen wir von Belgien her (Heiterkeit), es ist die Freiheit der Unwissenheit. Wenn nicht gesetzlich der Schulgang bestanden, so wäre noch, wie in England und Frankreich, darüber eine Diskussion möglich, aber bei uns ist die Frage entschieden. Aus dem Schulzwang folgt auch das Aufsichtsrecht über die Aus

bildung derselben. Die Zeit, wo die Kirche selbst Schulen gründete und unterhielt, wo es ihre Schulen waren, ist vorbei; seit die Schulen verfassungsmäßig von den Gemeinden unterhalten werden müssen, ist eben die alte Rechtscontinuität unterbrochen, und durch das vorliegende Gesetz gehen wir in der selben Richtung weiter fort, in der sich zur Zeit der Entstehung unserer Verfassung Regierung und Volk ohne irgend eine nennenswerthe Opposition bewegten. Wir behagen dabei keine Feindseligkeit gegen die Kirche und wollen keine "Entchristlichung der Schule". Als die Kirche noch Schulen gründete, da lehrte sie noch so viel, daß sie Culturnträgerin war. Damals hat die katholische Kirche sich ihre Kefer selber erzogen. (Sehr gut.) Sie sind sehr stolz auf Copernicus, aber wenn heute ein neuer Copernicus aus Ihrer Kirche hervorlängt und ein Dogma bestreite, so würde sie es wahrscheinlich bedenklich finden und nicht berücksichtigen, daß er ein Domherr ist. (Beifall.) Sollte der Minister die ihm durch das Gesetz so reichlich anvertraute Macht missbrauchen, so würde er von der öffentlichen Meinung verurtheilt werden, die doch endlich liegt. Herr von Mühlner ist nicht durch diesen Gesetzentwurf verschlungen worden, sondern hat sich nur durch den Strohalm, den er ihm zur Stütze gewähren sollte, nicht mehr zu halten vermocht. Er war in der öffentlichen Meinung, von dem öffentlichen Gewissen längst gerichtet; wenn er sich trotzdem noch so lange hielt, so war es eben ein Kunstprodukt. (Große Heiterkeit.) Wir haben Geduld gelernt und werden Geduld haben, halten aber die Trennung von Schule und Kirche für nothwendig und verfahren uns gegen die Verleumdung, als ob wir den Art. 24 d. V. zu bestreiten trachten. Wir wollen nur die verderbliche Herrschaft der Kirche über die Schule beseitigen. (Anhalt. Beifall.) — Abg. Windthorst: Durch Hinweisung der Kirche aus der Schule wird der Staat ein durchaus religiöser, ein irreligiöser, ein heidnischer Staat, ein Staat ohne Gott, oder er wird der Gott selbst auf dieser Erde. Ich halte am christlichen Staate fest, trotz der Majorität und des ihre Schäfte führenden Ministers. (Heiterkeit.) Der Gesetzentwurf widerstreitet dem Art. 23, in welchem von „Alleinherrschaft des Staates“ keine Rede ist. Der Entwurf sagt nichts über das Mandat des Schulinspektors, nichts über seine Qualifikation. Nach Birchow soll die Regierung Schulaänner dazu anstellen, also Professoren. (Heiterkeit.) Im Regierungsbüro Döbeln spielt jetzt ein Fall, wo man die katholischen durch evangelische Inspectoren ersezt hat; den Zeiträumen aufgelöst ist darunter der Vorsteher einer Pölfabrik. Der Entwurf schweigt auch über sein Verhältniß zu Art. 2 von der Freiheit der Wissenschaft. (Ruf: Das ist stark!) Wehrenpennig findet diesen Wunsch stark; stark ist er nur für Demand, der den Staat für den alleinigen Inhaber von Weisheit hält. Ist es denn so eilig mit der Trennung von Schule und Kirche, daß man nicht die kirchlichen Organe hören könnte? Die Frage der Schulaufsicht kann nur im Ganzen, nur durch ein Unterrichtsgesetz gelöst werden, das die Oberaufsicht des Staates tolerirt und moderirt durch die Rechte der Kirche und der Gemeinde. Was hat die Kirche gethan, daß man sie aus der Schule hinauswerfen will? Die Regierung hat sie nicht einmal angestagt. Birchow hat uns eine Reihe von Fragen über unsere Aufsicht unsrer religiösen Beziehungen vorgelegt; wer hat ihn zu unserem Großenquisitor gemacht? Ich würde ihm antworten, wenn er mir vorher sagt, ob er an den lebendigen Sohn Gottes glaubt. Denn mit einer Religion, die an der Spize des Seicrmessers endet, kann ich nicht rechnen. Wir stehen auf dem Boden der preußischen Verfassung und können uns im Übrigen mit unserer Kirche arrangieren wie wir wollen, das geht Niemand etwas an. Frage ich einen Republikaner — wenn ich einen solchen in diesem Hause finde — wie er die preußische Verfassung halten wolle oder könnte? Das belgische Schulwesen kann ganz gut mit dem unsrigen concurren. (Widerspruch.) Ver-

ständniß des Charakters, wie Routine und seine Ausarbeitung der Details zeigte. Auch sie ließ uns nicht im Zweifel darüber, daß in der städtischen Schule Käthchen ein gesunder Kern steht, der nur seine Befreiung von jener warte. Das Publikum spendete beiden Gästen reichen Beifall. Von den übrigen Darstellern wollen wir nur des Fr. Grenzels (Bianca), des Hrn. Brückmann (Bentino) und besonders des Hrn. Lang (Tranio) erwähnen, welcher Letztere den plötzlich zum Cavalier avancirten Diener höchst ergötzlich durchführte.

Stadt-Theater.

*** Gastspiel des Herrn Bethge und der Frau Bethge-Truhn vom Hoftheater in Schwerin: "Die beachtete Wiederprästige", bearbeitet von Deinhardstein. — Wenn irgend was die unverwüstliche Kraft, welche Shakespeare in seinen Werken niedergelegt hat, beweist, so ist es, daß es auch seinen Bearbeitern nicht gelungen ist, die Wirkung seiner Stücke zu zerstören. Die Deinhardstein'sche Bearbeitung der "Beachteten Wiederprästigen" hat sich auf unseren Bühnen vollständig befestigt, obgleich sie in allem Wesentlichen als ein Missgriff zu bezeichnen ist. Deinhardstein fand die derbe Shakespeare'sche Posse für unseren Zeitgeschmack zu roh und billigte sich ein, zu bessern, indem er denselben allerlei psychologische Motive im Sinne des modernen Lustspiels einverlebte. So hat er etwas durchaus Zwietrachtiges hergestellt. Man vergegenwärtige sich den Shakespeare'schen Stoff: Das böse Käthchen, das seine sanfte Schwester bindet und schlägt, wird wider ihren Willen einem Manne überliefert, der sich vor nichts fürchtet, nach Geld freit, aber sich auch ein häßliches Gesicht gefallen lässt; der wendet nun lediglich die bekannten Mittel der Thierbändiger an: Hunger, Ermüdung, Schlaflosigkeit, und zwar mit solchem Erfolg, daß er auf das glänzende Resultat seiner Dressur wetten kann. Das war offenbar schon zu Shakespeares Zeiten, und am wenigsten für den Dichter, eine sittliche Lösung des vorliegenden Problems. Der Character der Posse tritt bei dem Dichter überall hervor; so in der Art, wie er den alten Baptista einführt, der seine

ist diejenige des "Friedrich der Große" der Märkisch-Schlesischen Maschinenbaugesellschaft (Egels) übertragen, diejenige des "Großen Churfürst" der Maschinenfabrik von Borsig, welche damit in die Reihe der für die Kriegsmarine thätigen inländischen Industriellen eintritt. Da die Lieferungsfrist der in England bestellten Panzerschiffe "Meh" und "Savann" auf zwei Jahre festgelegt ist, so wird also die deutsche Kriegsmarine in den nächsten vier Jahren einen Anwachs von nicht weniger als fünf großen Panzerschiffen erhalten.

In der Nähe der Interimsbrücke der Posen-Bromberger Bahn hinter dem Berliner Thor zu Posen war dieser Tage ein Schleidegefechte (Egels) verübt, welche durch die in England bestellten Panzerschiffe an die Mittel der Marineverwaltung gemacht werden, ist der Bau des in Wilhelmshaven in Angriff genommenen Panzerhurmschiffes "Großer Churfürst" verübt, vergeblich worden, daß die Fertigstellung derselben erst im Jahre 1875 (anstatt 1873) erfolgt. Dagegen wird der Bau des Schwesterschiffes "Friedrich der Große" auf der Kieler Werft so beschleunigt werden, daß das Schiff im Jahre 1873 vom Stapel laufen kann. Die Panzerstärke der Thurmsschiffe wird in der Wasserlinie durchgehends 8 Zoll, die der Thürme 10 Zoll betragen. Das dritte Panzerschiff dieser Art ist bereits im Herbst v. d. bei der Gesellschaft "Vulcan" in Stettin bestellt worden. Die Lieferungszeit beträgt 2½ Jahr, so daß die Fertigstellung derselben ("Barbarossa") im Frühjahr 1874 erfolgen wird. Von den Maschinen der beiden erstengenannten Schiffe

fallen wir doch nicht in den Fehler der Franzosen, dieser Größenwahnstun könnte uns übel bekommen. Birchow leitet den Hungerthypus von der geistlichen Schulaufsicht ab; kommen vielleicht die Pocken in Berlin von der Überbildung? (Heiterkeit.) Mr. H. (nach links) von der ministeriellen Partei (große Heiterkeit), fröhlich wollten Sie nichts von Bureaucratie wissen; fühlen Sie denn nicht, welche ungeheure Macht Sie der Regierung durch die nach Beleben zu beseitigende Gendarmerie geben? (Richter: Besser noch immer, als die schwarze Gendarmerie!) Die schwarze soll ja beseitigt werden. Herr v. Müller kann in dieser oder jener Gestalt wiederkehren. Die Kirche wird bei drohender Säcularisation nichts mehr für ihre Schulen thun, ebenso wenig die Gemeinden einen Pfennig mehr geben ohne Execution. Wenn das Unglück will, daß der Entwurf Gesetz wird, so finden wir die einzige Compensation in der vollsten Unterrichtsfreiheit. (Hört!) Vorläufig aber halten Sie am alten preußischen Herkommen fest, und schützen Sie die neuen Provinzen, deren kirchliche Verhältnisse in den Besitzergreifungspatenten feierlich gewährleistet sind. (Beif. im Centrum, Bischofslnks.) Abg. Lasker: Wenn der Vorredner in Bezug auf Spanien den Abg. Birchow in ironischem Tone fragte, ob er denn dort gemeint sei, um jene Zustände beurtheilen zu können, so bemerkte ich ihm, daß es eine Art der Bildung giebt, welche durch Studien die Reisen erzeugt. So liegt mir hier eine statistische Zusammenstellung über die spanischen Verhältnisse aus dem Jahre 1860 vor, welche ergiebt, daß 3 Millionen Bewohner seines Landes lesen und schreiben, $7\frac{1}{2}$ Mill. nur lesen und $1\frac{1}{2}$ Mill. weder lesen noch schreiben könnten. Bei der Rekrutierung des Jahres 1864 ergab sich in Belgien, daß 51 p.C. nicht lesen noch schreiben konnten; in Westfalen, dem Hauptlager der Freunde des Herrn Vorredners, fanden sich sogar nur 17 p.C., welche schreiben konnten. Und nun kritisirt der Vorredner sein eigenes Vaterland, wo die Zahl derjenigen, welche weder lesen noch schreiben können, sich auf 5,52 p.C. beläuft, und nennt es Größenwahnstum, wenn wir unsere Zustände für besser halten, als die Belgen. Es gibt Redner, und zu diesen gehört der Abg. Windthorst, denen es mehr darum zu thun ist, die Bübren augenblicklich für sich zu gewinnen, als sich und das Haus zu informiren, welche ohne die geringste Kenntnis über Dinge sprechen — (lebhafter Widerspruch im Centrum). Meine Herren, ich hoffe, Sie werden doch den Abg. Windthorst nicht so beleidigen, daß Sie annehmen, er hätte die von mir angeführten Zahlen vorher gekannt und seine Behauptungen also wider besseres Wissen aufgestellt! Die Engländer sind bekanntlich ein im hohen Grade christlich-religiöses Volk und doch ist dort die Frage eines confessionellen Unterrichts noch von jedem Staatsmann zürüklied gewesen; wenn aber der Vorredner das Aufbören unseres confessionellen Unterrichts als die Entfernung allen Religionsunterrichts aus den Schulen darstellt, so sind seine Bemerkungen wiederum unwahr, denn eine solche ist keiner von uns in den Sinn gekommen. Der Abg. Windthorst erklärte ferner, Art. 24 der Berf. sichere den Religionsgesellschaften einen Theil der Aufsicht über die Schulen. Auch hier hat er sich einer Unwahrheit schuldig gemacht. Die örtliche Verfassung enthielt die im Art. 24 den Religionsgesellschaften zugeschriebene Theilnahme an der Aufsicht über die Schulen allerdings, bei der Revision der Verfassung ist dies aber mit Vorbedacht abgeändert und das Wort „Aufsicht“ durch „Leitung“ ersetzt worden. Nicht gegen die Aufsicht der Geistlichen an sich sind wir, sondern wir verlangen nur, daß nicht geborene Schulinspectoren dem Staate gegenüber auftreten können mit der Erklärung: Du hast uns nichts zu sagen. Alles Recht, das wir zu schützen haben, wird allein vom Staate abgeleitet, deshalb dürfen wir niemals zulassen, daß sich im Innern des Staates eine Macht etabliert, welche diesem selbst höhn spricht. Selbst wenn das Gesetz uns der Bureaucratie überließerte, würde ich für dasselbe stimmen, denn der Kampf zwischen uns und der Bureaucratie ist ein hässlicher, welcher zu rütteln muß, so bald es sich um den Kampf handelt gegen den äußeren Feind, gegen eine Gewalt, die dem Staate Gesetze vorzuschreiben versucht. Sie bellagen sich, daß die Regierung Ihnen schroff entgegentrete, obwohl Sie derselben lange eine Stütze gewesen. Mögen Sie heute mit dieser, morgen mit jener Seite stimmen; es kann dies für uns ganz gleich sein; Sie wenden sich nach rechts oder nach links nur, je nachdem Ihre confessionellen Zwecke es erfordern. Darum scheidet uns von Ihnen ein so tiefer Graben, daß wir uns über denselben nicht mehr die Hand reichen können, während wir mit der rechten Seite des Hauses — wenn wir auch nicht übereinstimmen über das Maß der Freiheit, das dem Volke zu gewähren ist — doch auf demselben Boden arbeiten und einem gemeinsamen Biele streben.

Um 4 Uhr beschließt das Haus die Vertragung. Es folgen persönliche Bemerkungen. Fürst Bismarck: Der Herr Abg. Reichensperger hat heute, wie ich mit Bedauern erfahren habe, meine Anwesenheit hier im Saale vermisst. Ich bitte ihn zu erwägen, daß ich in meinem Gesundheitszustande durch Kämpfe, an welchen er nicht unbeteiligt gewesen ist, einigermaßen an Leistungsfähigkeit verhindert worden bin. Hätte ich gewußt, daß der Herr Abg. Reichensperger sprechen werde, so würde ich ganz gewiß gekommen sein, obwohl ich glaube, daß nach den 23 Jahren gemeinschaftlicher parlamentarischer Tätigkeit der Herr Abgeordnete mir so sehr viel, was ich nicht schon wußte, nicht sagen kann, und ich auch nicht. Ich kann mir lebhaft denken, was er gesagt hat und kann nur sagen: von Zeit zu Zeit hört ich den Hrn. Abgeordneten gern. (Heiterkeit.) Leider kann ich dasselbe nicht von seinem Hrn. Fraktionsgenossen sagen, der nach ihm gesprochen hat, weil ich bei diesem Herrn eine zu ausgefüllte und durch eine zu gute Schule gegangene Geschicklichkeit finde, sich die Worte, die ich aber ein Anderer gesprochen hat, zurechtzulegen, wie es für seinen Zweck paßt und weil die Beispiele davon so verwachsen sind, daß es schwer ist, ihnen immer nachzuspüren. Ich will hier nur Verwahrung eingenommen gegen die Stellung, die der Hr. Abgeordnete mit einem gewissen Gegenseite zum monarchischen Prinzip für die Majoritätsherrschaft hat geben wollen. Ich lasse unentschieden, wohin dieser Pfeil zielt, den er abgeschossen hat; aber ich kann ihn versichern, er prallt machtlos ab. Ich habe, wie ich glaube, langjährige Proben im Dienste des monarchischen Prinzips abgelegt; dem Hrn. Abgeordneten steht dies hoffentlich noch bevor. (Heiterkeit und Bewegung.) — Abg. Birchow

betrachtet den Witz des Abgeordneten Windthorst, welcher die Pockenepidemie mit der Bildung in Verbindung bringe, als den Ausdruck einer augenblicklichen Übervielzahl. — Abg. Windthorst erinnert daran, daß Fürst Bismarck am 30. und 31. v. M. ganz klar das Prinzip der parlamentarischen Majorität proklamiert habe; eine Verbrennung der Worte sei also gar nicht notwendig gewesen. (Präsident v. Forckenbeck macht den Redner aufmerksam, daß Fürst Bismarck den Ausdruck „Verbrennung“ nicht gebraucht habe.) Auch wenn man Jahre lang für das monarchische Prinzip gekämpft habe, könne man über Nacht zum Parlamentarismus übergehen. — Fürst Bismarck verweist auf die stenographischen Berichte, um zu beweisen, daß Windthorst seine Worte tatsächlich entstellt wiedergegeben habe, obwohl er überzeugt sei, daß er dieselben noch richtig im Gedächtniß gehabt. — Nächste Sitzung Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 8. Febr. Die Debatte über das Schulaufsichtsgesetz hat heute begonnen. Die Tribünen waren so gefüllt, wie man es seit der Conflictszeit nicht gesehen hatte. Von den vierzig eingeführten Rednern haben erst fünf gesprochen. Die Minister haben sich noch nicht über den Gegenstand hören lassen; Fürst Bismarck beschränkte sich auf eine persönliche Bemerkung, die sich aber sehr scharf gegen die beiden Klerikalen Redner des heutigen Tages wandte. Wie bereits mitgetheilt, haben sich die liberalen Parteien und ein Theil der Frei-Conservativen zu einem Antrage geeinigt, der 1) aus § 2 des Gesetzes diejenige Bestimmung (Alinea 3) streicht, welche für diejenigen Personen, welche bisher verpflichtet waren, die Schulinspektion zu führen, diese Verpflichtung aufrecht erhält; und 2) einen neuen Paragraphen hinzufügt, welcher sagt: „Unberührt durch das Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Theilnahme an der Schulaufsicht“. Es sind außerdem eine große Anzahl Amendements gestellt, von denen namentlich das des Abg. Holtz und der Conservativen, welche der „Kreuz.“ folgen, zu erwähnen ist; dies Amendement will statt der Vorlage ein Gesetz, welches die geistliche Schulaufsicht legalisiert, und nur dem Staat das Recht giebt, einem geistlichen Schulinspector, der seine Pflicht nicht erfüllt, mittelst Beschluss der Bezirksregierung durch einen andern geistlichen Inspector derselben Confession zu ersetzen. — Die Berl. Aut. Corresp. sagt: Die Majorität des Abgeordnetenhauses ist der Vorlage gefügt; dieselbe wird eine Form erhalten, welche ihre Wirksamkeit auf das Gebiet beschränkt, von welchem es die Nothwendigkeit eines energischen Durchgreifens der Staatsgewalt an die Regierung mit zwingenden Gründen herangetrieben ist. Es wird durch die Aufnahme einer Klausel in das Gesetz dafür gesorgt werden, daß durch dasselbe an der gegenwärtigen Stellung der Gemeinde zur Schule nichts geändert wird, diese Angelegenheit vielmehr der Regelung durch ein allgemeines Unterrichtsgesetz vorbehalten bleibt. Über das, was etwa zu geschehen habe, wenn das Herrenhaus die Vorlage ablehnt, Erörterungen anzustellen, wird die Zeit erst dann gekommen sein, wenn dieser Fall eingetreten ist. Vorläufig wird man sich darauf beschränken können, der Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, daß sie allen Einfluß, welcher ihr zur Verfügung steht, dazu anwende, um im Herrenhause eine Majorität für das Gesetz zu Stande zu bringen.“

— Die von uns erwähnte Mittheilung des „Pester Lloyd“, im Centrum sei nach der neulichen Rede des Fürsten Bismarck eine Gesamtmandatsniederlegung beantragt worden, bestätigt sich vollkommen. Der Antrag erhielt jedoch nicht die Majorität. Die Mehrzahl der Herren mochten ihre Wiederwahl im gegenwärtigen Augenblick für gefährdet ansehen.

— Die Reichs-Liquidations-Commission für die Entschädigung der deutschen Rheinlande hat jetzt den Theil ihrer Arbeiten, der sich auf die Stilllieger bezieht, erledigt und augenblicklich fast nur mit Entschädigung der aufgebrachten Schiffe zu thun Bis zur Abwicklung der wichtigsten Arbeiten wird reichlich der 1. April herantreten; der dann noch verbleibende Rest dürfte später von den hier in Berlin wohnhaften Mitgliedern der Commission leicht erledigt werden.

— Es ist nicht richtig, wie vielfach angenommen wird, daß Herr Falk seit seiner Ernennung zum Cultusminister aufgehört hat, preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrat zu sein. Zwischen der freilichen Stellung des Herrn Falk als vortragender Rath im Justizministerium und der Mitgliedschaft des Bundesrats besteht durchaus kein bindender Zusammenhang, der durch die Ernennung zum Cultusminister aufgehoben würde. In Bundesrathskreisen wünscht man sehr, so schreibt man der „Berl.-Big.“, daß Hr. Falk dauernd dem Bundesrath erhalten bleibe. Die Möglichkeit, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehe, liegt um so näher, als Preußen in diesem Augenblide durch 16, anstatt der 17, Stimmen im Bundesrat vertreten ist, also der Erneuerung eines der vortragenden Räthe des Justizministeriums zum Bevollmächtigten ein formelles Hindernis nicht entgegen steht.

— Die „Provinzial-Correspondenz“ bespricht die Auseinandersetzungen Bismarcks über das Auftreten der Centrumspartei. Die wirkliche Bedeutung dieser Auseinandersetzungen beruhe in der mahnenden Abwehr gegen politische Bestrebungen, welche unter dem Deckmantel religiösen Glaubens ganz andere Ziele verfolgen. Aus den Auseinandersetzungen Bismarcks geht klar hervor, daß die Regierung fern davon war und ist, die katholische Bevölkerung irgendwie im kirchlichen Leben anzugreifen oder zu beunruhigen. Auch die Concilsbeschlüsse über die Unfehlbarkeit bestimmten die Regierung nicht zur Aenderung ihrer Stellung zu den inneren Glaubensangelegenheiten der Katholiken. Bismarck habe die Frage, ob durch die längst verklonte Lehre die Grundlage des Katholizismus eine durchgreifende Wandlung erfuhr, nicht berührt. Vom weiteren Verhalten der Centrumspartei wird es vor Allem abhängen, ob und in wieviel der Wunsch Bismarcks erfüllt werde, aus der calamitat theologischer Erörterungen auf politischem Gebiete den friedlichen und ruhigen Ausweg zu finden.

— Die „medicinische Centralzeitung“ richtet einen offenen Brief an den Cultusminister Dr. Falk, der die Hauptmängel der jetzigen Verwaltung trifft nachweist, so die Zusammenfassung der wissenschaftlichen Deputationen, die lückenlose Organisation in Bezug auf Pockenimpfung, die mangelhaften hygienischen Verhältnisse in Schulen und Wohnun-

gen, das Fehlen aller vorbereitenden Maßregeln für den Fall des Ausbruchs einer Epidemie. Zum Schluß wird die Berufung einer Commission von Beamten und praktischen Aerzten aus dem ganzen Lande befürwortet zur Beratung der Grundzüge eines zu schaffenden Gesundheits- und Armen-Amtes.

— In parlamentarischen Kreisen wird stark für ein Project agitiert, welches auf Anlegung eines großen Hafens zu Cuxhaven gerichtet ist. Dieses großartige Unternehmen wird nun wirklich zu Stande kommen. Die erforderlichen hohen Summen werden von englischen und deutschen Capitalisten aufgebracht und es ist die Ausführung der Bauten bereits einem Consortium englischer Bautechniker übertragen. Der im Abgeordnetenhaus angenommene Antrag Braun's (Waldenburg) steht mit dieser Angelegenheit in engem Zusammenhange. Die gedachte Gesellschaft wird um Übertragung der Bahn von Hamburg nach Stade bei der Regierung anhalten und sich verpflichten, der Regierung die Kosten, welche sie bis zur Übernahme der Bahn durch die Gesellschaft aufzuwenden muß, zu ersezten, so wie den Bau der Bahn von Stade nach Cuxhaven zu übernehmen. Letzterer Plan lag allerdings von vorn herein in dem Project des gebauten großartigen Hafenbaues, dessen Bedeutung von einer möglichst ausgiebigen Eisenbahnverbindung mit dem Hinterlande abhängt.

— In der letzten Sitzung des Altesten-Collegiums der hiesigen Kaufmannschaft wurden auf Veranlassung des Handelsministers Vorschläge zu einer Commission gemacht, welche eine umfassende Befreiung der deutschen Industrie an der Wiener Weltausstellung vorbereiten wird. Es wurde mehrheitlich im Collegium die Bedeutung gerade dieser bevorstehenden Weltausstellung für den Gewerbeleib des ganzen Bollvereins hervorgehoben.

— Im 35. Hamburgher Wahlbezirk (Verden-Achim) ist an Stelle des ausgeschiedenen Obergerichts-Vice-Directors Heinrich Baumann Weidenhofer in Achim zum Mitgliede des Hauses der Abgeordneten gewählt worden.

— Der frühere Reichstagsabg. der Bielefelder Fortschrittspartei, Herr Niendorff, gegenwärtig Redakteur eines landwirtschaftlichen Organs der bekannten Gutsbesitzerpartei, wird von den Conservativen in Celle als Kandidat an Stelle des verstorbenen Staatsanwaltes Abg. Gropius aufgestellt.

— Der Geh. Ober-Riegierungs-Rath Pehleman, seit langen Jahren Chef der Ministerial-Bau Commission ist gestern gestorben. Die „Kreuz.“ nennt „einen getreuen Diener seines himmlischen und irischen Königs.“

— Die Briggs „Urbine“ und „Mosquito“, welche am 9. resp. 10. v. M. Funchal verlassen haben, sind am 16. resp. 17. v. M. in Porto Grande auf St. Vincent, Cap-Verdische Inseln, eingetroffen.

— Die kommissarischen Verhandlungen der mecklenburgischen Regierung mit den Ständen befinden sich noch soweit zurück, daß an eine Reform der Landesvertretung nicht zu denken ist. Die Ritterchaft hat die entschiedensten Gegner der constitutiven Entwicklung zu ihren Deputirten gewählt. Trotzdem der Busung'sche Antrag im Reichstage klar genug das aussprach, was die Majorität des mecklenburgischen Landes will, so haben sich die Ritter doch geweigert, in eine Vorberatung der Reform der Landesverfassung einzutreten. Sie bleiben dabei stehen, daß es sich nur um eine geschäftliche Behandlung des betreffenden Regierungsscripts handelt.

— Bonn. Ueber die den suspendirten Professoren der Theologie, den Hr. Hilgers, Neuss und Langen, sowie dem geistlichen Professor der Philosophie Hrn. Knoodt, Seitens des Erzbischofs Melchers von Köln angedrohte große Excommunication bemerkte die „Allg. Blg.“: Diese Thatache wird um so weniger verfehlten, das allgemeinste Aufsehen anregen, als dadurch, was die Theologie-Professoren betrifft, dem neuen Cultusminister sofort Gelegenheit geboten wird, den ungesetzlichen Annahmen des hochwürdigen Kölner Herrn energisch entgegenzutreten. Letzterer gründet nämlich sein legitimes Vorgehen besonders auch darauf, daß die betreffenden drei Herren, ihrer Pflicht als Staatsbeamte entsprechend, Vorlesungen angekündigt, resp. gehalten hätten — ein Verbrechen, welches Hr. Professor Langen durch seine Schrift: „Das vaticanische Dogma ic.“ und durch Annahme des Amtes als Examinator für katholische Religionswissenschaft in der wissenschaftlichen Prüfungs-Commission noch bedeutend vermehrt.

— Die Commission zur Untersuchung der während des Krieges abgeschlossenen Lieferungen ist mit dem General Suzanne in ernsthafte Differenz gerathen. Thiers und de Cissey werden sich heute in die Commission begeben, um diesen Streit beizulegen. Versailles, 7. Februar. Die Nationalversammlung hat mit 445 gegen 143 Stimmen die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der Journalen, welche für Beleidigungen gegen die Gnadencommission schuldig gemacht haben, ertheilt. Der Antrag Ducrot's, die Deputirten Rouvier und Le Franc als Verfasser der incriminierten Artikel in Anklagezustand zu versetzen, wurde einer besonderen Commission überwiesen.

England.

London, 7. Febr. Unterhaus. Der Spokesman hält seinen Rücktritt an, erklärt jedoch, bis zur erfolgten Neuwahl im Amt bleiben zu wollen.

— Aus Calcutta vom 5. Febr. wird gemeldet: Eine Depesche von General Bourchier, d. d. 3. Februar besagt, daß er sich Poikoy, der Hauptstadt des Looshais, nähert. Er hatte einen Bergrücken von 6000 Fuß Höhe überstiegen. Weitere Feindseligkeiten hatten nicht stattgefunden und er hoffte, den Platz tags darauf zu erreichen.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. Victor Lefranc (Handels-Minister) ist an die Stelle Casimir Périer's zum Minister des Innern ernannt worden. Am Sonntag Abend war die Ernennung Lefranc's eine abgemachte Sache. Es traten aber wieder Schwierigkeiten ein, weil letzterer die Entfernung des Unterstaatssekretär Calmon als Bedingung für seinen Eintritt aufstellte. Thiers bemühte sich, aber umsonst, Victor Lefranc zu bestimmen, sich denselben noch einige Zeit gefallen zu lassen, und die Combination zerstieg sich. Ob Thiers, da nun Victor Lefranc doch das Ministerium des Innern übernehmen soll, nachgegeben hat und Bethmont an Calmon's Stelle tritt, oder ob Victor Lefranc sich letzteren ungedacht seiner Weigerung gefallen lassen wird, ist noch nicht genau bekannt. De Goulard, der neue Handels-Minister, war zum Gesandten bei der italienischen Regierung ernannt, befand sich aber noch in Paris. Leon Say soll seine Entlassung aufrecht erhalten und durch Cochin, jetzt Präfect in Versailles, ersetzt werden. Die Ernennung Cochin's wird in Paris keinen guten Eindruck machen, da derselbe sehr clerical ist. Casimir Périer ist fortwährend sehr ungehalten. Es scheint, daß er sich den Royalisten wieder vollständig anschließen will. „Der Versuch mit der Republik“ — so äußerte er sich — „ist gemacht; es ist eine Chimäre.“

— Der Herzog von Aumale hat heute einen Triumph errungen. Er wurde in seiner Abtheilung der National-Versammlung, nämlich in der 13., zum Präsidenten ernannt. Bei dem Gouverneur der Boden-Credit-Anstalt, Hrn. Fremy, hat sich gestern eine große Anzahl von Finanzmännern versammelt, um über die Proiecte beuhfs Befreiung des französischen Bodens zu berathen. Es kam vorzüglich ein neuer Plan des Deputirten Germain zur Sprache; daran soll dem Immobilienvermögen eine Steuer von 1%, und dem beweglichen Eigentum eine Steuer von 3% auferlegt werden. Jede dieser Steuern würde 1500 Millionen ergeben, ihre gleichzeitige Einführung, also die Zahlung der Kriegsschulden noch erforderlichen 3 Milliarden liefern. Herr de Soubezan hat seinen bekannten Lotterieplan umgedeutet und schlägt jetzt vor, neben einer Anzahl von Loobligationen auch mit 3 p.C. verzinsliche und nicht an der Verlotung Theile nehmende Obligationen auszugeben. Die Gunst, welche sein Plan anfangs bei der Budget-commission fand, scheint sich übrigens bedeutend vermindert zu haben. — In einigen Tagen wird das Buch des Herzogs von Gramont über die Ursachen des Krieges von 1870 erscheinen. Dasselbe hat den Zweck, zu beweisen, daß dieser Krieg von Preußen gewollt, herbeigeführt und vorbereitet sei!

— Marshall Bazaine soll heute vor der Capitulations-Commission erscheinen. Derselbe hofft, die Commission zu überzeugen, daß er unter den gegebenen Umständen und mit den vorhandenen Elementen unmöglich anders handeln konnte, als er gethan hat.

— Die Commission zur Untersuchung der während des Krieges abgeschlossenen Lieferungen ist mit dem General Suzanne in ernsthafte Differenz gerathen. Thiers und de Cissey werden sich heute in die Commission begeben, um diesen Streit beizulegen.

— Versailles, 7. Februar. Die Nationalversammlung hat mit 445 gegen 143 Stimmen die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der Journalen, welche für Beleidigungen gegen die Gnadencommission schuldig gemacht haben, ertheilt. Der Antrag Ducrot's, die Deputirten Rouvier und Le Franc als Verfasser der incriminierten Artikel in Anklagezustand zu versetzen, wurde einer besonderen Commission überwiesen.

Ausland und Polen.

St. Petersburg, 2. Febr. Beim hiesigen Stabe der Garde truppen finden gegenwärtig interessante strategische und taktische Übungen der Stabs-offiziere statt. Die Theilnehmer an diesen Übungen sind in zwei Gruppen getheilt, von denen jede 10 Offiziere umfaßt. Die eine dieser Gruppen führt einen Angriff gegen das Königreich Polen von der Seite Galiziens aus, die andere sucht diesen Angriff abzuschlagen. Die Übungen begannen mit der genauen Erforschung der Terrain-verhältnisse des singulären Kriegsschauplatzes, wobei die besten Karten von Galiziens und dem Königreich Polen zu Rathe geogenen würden, und mit dem Studium der Statistik beider Länder. Bei der Entfernung der beiderseitigen Operationspläne wurde die Leichtigkeit der Mobilisierung, die Befuhr von Lebensmitteln und die ärztliche Hilfe in Betracht gezogen. Diese Übungen russischer Stabs-offiziere sind in soferne bemerkenswerth, als sie den Gedanken nahe legen, daß Russland von Westen her einen kriegerischen Angriff erwartet.

— Das Rekruten-Contingent, das durch die gegenwärtig in ganz Russland stattfindende Militairanschreibung von 6 Mann pro 1000 Seelen aufgebracht wird, beträgt nach genauer Berechnung 748,705 Mann, von denen auf das Königreich Polen ca. 18,000 Mann kommen. — Nach amtlichen Angaben haben in den beiden Monaten Juli und August vorigen Jahres in 40 russischen Gouvernementen 1433 größere und kleinere Feuersbrünste stattgefunden, durch welche 14,040 verschädigte Gebäude in Asche gelegt wurden und 69 Menschen das Leben verloren. Der durch die Feuersbrünste angerichtete Schaden an Gebäuden und Mobiliens ist auf 4,716,000 S.-R. abgeschätzt. (Schl. Blg.)

Italien.

Elise Nahn,
Gottfried Will,
Verlobte.
Stutthof, Liegenort,
den 8. Februar 1872.

Geschäftsabschluß der Dirschauer Credit-Gesellschaft W. Preuss pro 1871.

Brutto-Balance.

	Debet	Credit				
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1. Action-Capital-Conto		34850	—			
2. Cassa-Conto	573206	13	8	565241	4	2
3. Depositen-Conto A	38293	7	7	78739	21	7
4. Depositen-Conto B	37512	16	—	44262	16	—
5. Wechsel-Conto	523890	6	1	445643	1	6
6. Lombard-Conto	2750	—	—	1500	—	—
7. Disconto-Conto	6617	25	1	7237	19	6
8. Zinsen-Conto	931	19	6	1656	24	6
9. Conto a nuovo	318	—	—	70	1	6
10. Gewinn- und Verlust-Conto	5183	—	8	8984	6	9
11. Reserve-Fonds-Conto	—	—	—	656	24	5
12. Geschäfts-Einrichtungs-Conto	506	13	11	94	27	7
13. Conto pro Diverse	18	16	9	18	16	9
14. Dividenden-Conto	1866	—	—	2138	15	—
	1191093	29	3	1191093	29	3

Netto-Balance.

Activa.	Passiva.					
Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
1. Cassa-Conto	7965	9	6	1. Action-Capital-Conto (Einzahlungen auf gezeichnete 182 Aktien)	34850	—
2. Wechsel-Conto	78247	4	7	2. Depositen-Conto A	40446	14
3. Lombard-Conto	1250	—	3. Depositen-Conto B	6750	—	
4. Conto a nuovo (Zinsenguthaben für verspätete Actieneinzahlungen)	247	28	4. Disconto-Conto (pro 1872 erhobener Disconto)	619	24	
5. Geschäfts-Inventarium	411	16	5. Zinsen-Conto (pro 1871 restirende Zinsen für Depositen)	725	5	
	88121	28	6	6. Reserve-Fonds	656	24
	11		7. Dividenden-Conto (pro 1869 und 1870 nicht erhobene Dividenden)	272	15	
			8. Gewinn pro 1871	3801	6	
				88121	28	
				11		

Gewinn- und Verlust-Conto.

Gewinn am Disconto	4964	16	7
Zinsen für Depositen, Gewerbesteuer und Druckosten	1163	10	6
Gewinn zur Vertheilung	3801	6	1

Dirschau, den 31. Dezember 1871.

W. Preuss.

Danziger Schifffahrts-Actien-Gesellschaft.

Die mit 10% eingezahlten Interimsscheine der Actien obiger Gesellschaft sind von den Zeichnern gegen Rückgabe der erhaltenen Quittungen bei den Zeichnungsstellen in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 9. Februar 1872.

Der Rhederei-Director.
Alex. Gibsone.

Die Preußische Boden-Credit-Actien-Bank zu Berlin

gewährt auf ländliche und städtische Grundstücke unkündbare und kündbare hypothekarische Darlehen und zahlt die Bankota in varem Gelde.

Nähere Auskunft erhält und nimmt Darlehensgeschäfte entgegen

Marienwerder.

Der General-Agent

Alexander Busch.

Dirschauer Credit-Gesellschaft W. Preuss.

Die Dividende für das Jahr 1871 ist auf 5½ % festgestellt, und kann von jetzt ab, Vormittags von 9—12 Uhr, gegen Einreichung des Dividenden-scheins in Empfang genommen werden.

Dirschau, den 6. Februar 1872.

W. Preuss.

Diverse Sorten Sherry, Madeira, rothe und weisse Portweine,

Teneriffe-, Barcelona-,

Tarragona-, Valencia-,

Alicante- und Malaga-

Weine, sowie Cognac,

Arac u. Rum empfiehlt

A. Ulrich,

Brodbänkengasse 18.

Bord. Rothweine,

Madeira, Portwein,

Rheinweine, Moselwein,

Champagner

in 1/2 u. 1/2 Flaschen, f. Jam.-Bum sind billigst Langenmarkt No. 25 zu verkaufen.

Fr. Kieler Sprotten
empfiehlt

A. Fast, Langenm. 34.

Frischen Algier, Blumenfohl, Kopfsalat, Teltow.

Rübchen, Astrachaner

Schotenferne, conservirtes Gemüse empfiehlt.

A. Fast, Langenm. 34.

Andrer Unternehmungen halber beabsichtige ich mein Etablissement, genannt "Schweizergarten", mit vollem Inventarium unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Oscar Voigt.

Ein Geschäftshaus, am Markt gelegen, bestehend aus 2 neben einander liegenden

Grundstücken, worin seit vielen Jahr. 1 Destillations-, Schank- und Weingeschäft mit bestem Erfolg betrieben, ist wegen Kränklichkeit des Besitzers zu verkaufen. Selbstkäufer belieben sich unter No. 2080 in der Exped. d. Btg. zu melden.

Cotillon-Orden,

das Neueste in dieser Saison, von 24

No. 2 ½ pro Tagend, empfiehlt die Papierhandlung von

Wilhelm Homann,

Langasse No. 4, Eingang Gerbergasse.

Auswärtige Aufträge werden prompt

ausgeführt.

(857)

Verkauf der Schäferei zu

Gölmsee pr. Sommerau,

Kreis Rosenberg.

Diese gut renommierte Herde, die von

dem verstorbenen Besitzer vor 30 Jahren aus

Mecklenburg eingeführt und mit Traupler

Rammwollböden weiter gezüchtet worden,

hat seit lange schon ein Schurgewicht von

4 Pfund ohne die Lammwolle pr. Kopf aufzuweisen und wurde die Wolle im vorigen

Jahre mit 5 ½ pro Kt. verkauft.

Zum Verkauf kommen:

160 Mutterläufe à 6 Kt.

55 2½jahr. do. à 6 Kt.

52 1½jahr. do. à 5 Kt.

122 2½- u. 1½jahr. Hammel à 5 Kt.

circa 150 ½jahr. Lämmer à 1 ½ Kt.

Ablnahme nach der Schur, spätestens am 25.

Juni d. J.

Träupel b. Freistadt in Westpr., den

6. Februar 1872.

Albers.

Ein junger Seemann,

dem die Kaufmannsche Durchführung nicht

gefällt, wünscht in einem größeren

Rhederei-Geschäft

bei dem er sich später vielleicht betheiligen

sollte, placirt zu werden. Gef. Adressen be

förderet sub. S. 1246 die Annonsen-Expe

dition von Rudolf Moosé, Berlin.

Ein tüchtiger Accidenzjäger findet 10

fort dauernde Condition bei

J. A. Preuss jun.

Buch- und Kunstdruckei, Dania.

Ein Ziegelmeister, der sein

Fach sehr gut versteht,

wird gesucht.

Dom. Stresow, Sr. Lauenburg.

Für mein Tuch- und Mode-

Geschäft suche ich zum 1.

April e. einen tüchtigen Ver-

käufer.

Diesenburg, im Febr. 1872.

L. Hirschberg.

Ein junger Mann,

mit der Feder vertraut und cautiousfähig,

sucht eine passende Stellung. Adr. unter

2090 in der Exped. d. Btg.

HUNDE-HALLE.

Heute Fischessen.

Depot von fremden Bieren.

Ein junges Mädchen wird zur Stütze der Haushfrau in der Wirthschaft auf dem Lande gesucht. Gef. Adressen unter 2081 in der Exped. d. Btg. erbettet.

Eine Restauration in der lebhaftesten Strafe

Elbing, ist zum 1. April er. zu verpachtet.

Nächstes im Geb. Comtoir Kürschnerstraße Nr. 14 in Elbing.

Eine Erzieherin, ausstatisch, für 2 Mädchen von 8 und 13 Jahren, wird gesucht. Gef. Adressen abzu-

geben Jovengasse 47 im Comtoir.